Beratungen

in der Bremischen Bürgerschaft

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 81
10. 02. 76

Antrag der Fraktion der CDU

Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, daß die geschichtsfälschenden Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz im Unterricht an den Schulen des Landes Bremen keine Verwendung finden.

Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Bremer Nachrichten GmbH

Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Februar 1976 (Drucksache 9/81)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Thape.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/81 ist unterschrieben von dem Abgeordneten Neumann und Fraktion der CDU. Der Antrag ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden.

Die Beratung ist eröffnet. Wir haben uns vorgenommen bis zu 20 Minuten je Fraktion.

Das Wort hat der Abgeordnete Guter.

Abg. **Guter** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Deutschen Bundesrat haben vorige Woche alle Bundesländer dem deutsch-polnischen Renten- und Kreditabkommen zugestimmt, nachdem die polnische Regierung in gleichsam letzter Minute die Ausreise aller Deutschen zugesagt hatte.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Nach Aussage von Bundesaußenminister Genscher zugesagt hatte, meine Damen und Herren!

Dies ist eine begrüßenswerte Entscheidung der polnischen Regierung. Wir wissen hier, welche Zusammenarbeit notwendig war, um zu diesem Ziel zu kommen. Wir haben erlebt, daß Geduld, Zähigkeit und fester Wille sich lohnen!

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen es, daß die polnische Regierung den Weg zum versöhnenden Kompromiß gefunden hat. Nach langen Tagen und Stunden des Wartens und des zähen Kontaktierens konnte die Brücke zueinander geschlagen werden. Die deutsch-polnische Verständigung kann auf diesem neuen Fundament weitere Fortschritte machen.

Ein solches Fundament erfordert vor allem, meine Damen und Herren, Klarheit, unmißverständliche Aussagen, das Durchlesen des Kleingedruckten und exaktes Wissen um die gegenseitigen Verpflichtungen. Ein solches Fundament erfordert aber auch Leute, die bereit, fähig und willens sind zu verhandeln. Bundesaußenminister Genscher hat dies bewiesen!

(Beifall bei der FDP)

Die merkwürdigste Rolle spielte in der vergangenen Woche allerdings der Bundeskanzler selbst, der die eigenartige Anwandlung hatte, polnischen

sein zu wollen als die Polen selbst. Er behauptete doch steif und fest, an seinem Verhandlungsergebnis von Helsinki sei nichts mehr zu verbessern, alles sei gesagt, alles sei getan, das letzte Wort sei in Warschau längst gesprochen! Dieser merkwürdige und eigenartige Kanzler wurde klar widerlegt, ihm wurde bewiesen, wie man Politik macht.

(Abg. Anneliese L e i n e m a n n [SPD]: Und das wird nicht gerügt?)

Der Bürgermeister dieser Stadt hat angesichts des blamablen Verhaltens dieses Bundeskanzlers denn auch schon verkündet, er sehe das Ende dieser sozialliberalen Ära kommen.

(Starker Beifall bei der CDU)

Jawohl, die Zeiten sind lausig, die Kartoffeln werden teurer, und so hat der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD das Bratkartoffelverhältnis der beiden Partner denn auch schon enden sehen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Er betätigte sich dabei als Astrologe und nennt sogar Jahre, Jahresdaten, ja, er gibt Tage an. Dies dürfte aber gefährlich sein.

(Abg. J o h n [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Bitte, Herr John!

Präsident Dr. Klink: Nein, Herr Guter! Eine Sekunde! Der Tagesordnungspunkt heißt Empfehlung der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz!

(Starker Beifall und Zurufe bei der SPD)

Ich bitte, zu diesem Tagesordnungspunkt, das heißt zur Sache zu kommen!

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Hat er doch!)

Nun überlassen Sie es mir, ob ich etwas zur Sache ansehe oder nicht. Ich glaube nicht, daß der Tagesordnungspunkt der deutsch-polnische Vertrag ist, sondern die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz!

(Z u r u f e von der CDU)

Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John anzunehmen, Herr Guter?

Abg. **Guter** (CDU): Ich habe den Willen, die Zwischenfrage anzunehmen, möchte aber gern zu dem Wort des Präsidenten ebenfalls etwas sagen. Ich bin ein freier Abgeordneter und habe eben vorhin vernommen, daß es — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Guter!

(Starke Unruhe und Zurufe bei der CDU)

Ich kann Sie auf Paragraph 46 hinweisen: „Wer die Ordnung, besonders durch persönliche Angriffe, verletzt, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

(Z u r u f e von der CDU)

Spricht ein Redner nicht zur Sache, so wird er vom Präsidenten darauf hingewiesen." Das habe ich gemacht. (C)

Abg. **Guter** (CDU): Ich habe zur Sache gesprochen, und Sie werden es gleich hören.

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Nach der Geschäftsordnung sind Ordnungsrufe nicht weiter zu kritisieren.

(Starke Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich kann ja verstehen, daß Sie sehr erregt sind, Herr Guter, aber wenn Sie Klagen haben, dann kommen Sie — —

(Z u r u f e von der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird fast unerträglich!

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß nicht, ob irgendeiner glaubt, daß dieser Stil dem Ansehen dieses Hauses noch nutzen kann.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Guter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Guter** (CDU): Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Guter, sind Sie mit mir der Meinung, daß es sich bei dem Abschluß der Polenvereinbarungen und der Zustimmung des Bundesrates um einen Erfolg aller, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, handelt, die sich um diesen Abschluß bemüht haben? (D)

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Aber nicht von Herrn Schmidt!)

Abg. **Guter** (CDU): Herr Abgeordneter John, ich bin mit Ihnen völlig dieser Meinung, möchte allerdings mir das Recht vorbehalten, als Abgeordneter auch dieses Hauses darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, Verhandlungen echt, klar und unmißverständlich zu führen!

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, Sie haben unseren Antrag gelesen. Ich darf ihn wiederholen. Er lautet: „Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, daß die geschichtsfälschenden Empfehlungen der achten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz im Unterricht an den Schulen des Landes Bremen keine Verwendung finden."

Was ist hier geschehen? Nun, eine gemeinsame Schulbuchkommission war gegründet worden, die bisher insgesamt acht Konferenzen abgehalten hat und an der auf deutscher Seite Hochschullehrer, Institutsdirektoren, Verlagsleiter und Lektoren teilgenommen haben. Auf polnischer Seite Persönlichkeiten aus denselben Bereichen, die aber vielfach

(A) gleichzeitig hohe und hoch zu bewertende Funktionen in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei bekleideten und bekleiden. Federführend war auf deutscher Seite das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig beteiligt. Die deutsche Expertengruppe wurde von Professor Georg Eckert geleitet und nach dessen allzu frühem Ableben von Professor Dr. Walter Mertineit.

Gegenstand des Streites sind nun die Empfehlungen eben der achten Schulbuchkonferenz vom Oktober 1975, die den Zeitraum von 1945 bis zur Gegenwart umfassen. Diese Empfehlungen enthalten in wesentlichen Passagen fast ausschließlich die kommunistische Sicht der Geschichte im Verhältnis der beiden Staaten zueinander.

Der Grund unseres unmittelbaren Aufbegehrens aber ist die Tatsache, daß Bremen bereits entschieden hat, diese Empfehlungen zu befolgen. Im Ergänzungsband zu den Lehrplänen der Gymnasien im Land Bremen verfügte der Senator für Bildung in seinen Leitlinien für den Umgang mit dem geltenden Lehrplan, daß bei der Behandlung der Staatengeschichte die einschlägigen Empfehlungen des internationalen Schulbuchinstituts heranzuziehen seien. Gleiches ist vorgesehen für die Ergänzungsbände des Haupt- und Realschullehrplans. Das heißt also nach unserer Überprüfung und Meinung: Geschichtsklitterung in Zukunft und Geschichtsfälschung in bremischen Schulbüchern! Das, meine Damen und Herren, kann
(B) nicht wahr sein! Wir bitten daher dringend und fordern den Senat auf, dies schnell und restlos zu korrigieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Fraktion nahm am 16. Februar 1976 telefonisch mit Professor Dr. Walter Mertineit in Glücksburg bei Flensburg Rücksprache. Professor Mertineit, der Verhandlungsführer in Warschau auf deutscher Seite, erklärte, er halte es persönlich ebenfalls für denkbar unglücklich, wenn diese ersten Empfehlungen für die bremischen Schulen bereits als verbindlich festgelegt werden. Er erstelle gegenwärtig eine Bewertung dieser Empfehlungen für die Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht". Er erklärte, die Empfehlungen seien ein erstes Diskussionsergebnis und sollten nicht als orthodoxe Texte behandelt werden.

Die Empfehlungen, meine Damen und Herren, sind drei DIN-A-4-Seiten stark, eng gedruckt, dreispaltig, es ist also unmöglich, hier etwa den Text verlesen zu wollen. Ich muß, um wortgetreu zu sein, immer auf diesen Text verweisen und muß auch zitieren. Aber befürchten Sie bitte kein einziges langes Zitat, ich möchte nur aus diesem besonderen Grunde schon jetzt den Herrn Präsidenten um die Genehmigung bitten, mehrfach zitieren zu dürfen.

Es geht darum, im Klartext, meine Damen und Herren, ob bremische Schüler in Zukunft nicht mehr hören sollen, daß es eine Vertreibung gegeben hat. Es sei, so meinen die Empfehlungen, nur eine Zwangsausweisung nach interalliierten Transferabkommen gewesen. Diese Worte finden sich im (C) Potsdamer Abkommen, allerdings mit folgendem Vorspann — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die deutsche Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland übergeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll."

Was ist geschehen? Was ist erfolgt? Meine Damen und Herren, die größte und grausamste Vertreibung der neueren Staatengeschichte Europas! Unter vollkommenem und klarem Bruch dieser Bestimmungen des Potsdamer Abkommens selbst!

(Beifall bei der CDU)

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse hat ein uns allen bekannter Politiker, heute noch agierend und aktiv, im Deutschen Bundestag am 14. September 1950 erklärt — ich darf zitieren, Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung —: „Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unmenschlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener und Verschleppter, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit"!

(Zurufe von der CDU: Wer war das?)

Dieser Politiker heißt Herbert Wehner!

(Beifall bei der CDU)

Nach 25 Jahren allerdings leidet gerade dieser Politiker, wie mir scheint, an völligem Gedächtnisschwund, da er von fremdem Territorium aus alle jene Leute verunglimpfte, die heute noch geschichtliche Wahrheiten, ähnlich wie er 1950, aussprechen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Ich kann auch nur hier wie dort Bundesaußenminister Genscher ein Lob zollen. Er hat diese Dinge klar beim Namen genannt, auch heute noch, genauwie damals. Er sagte jüngst, am 19. Februar, im Deutschen Bundestag, wenn Sie erlauben, Herr Präsident, daß ich zitiere: „Und auch bei uns, vor allem bei den vielen Millionen, die ihre Heimat verloren haben, ist die Erinnerung wach an die Not der Vertreibung, an viele schmerzliche Schicksale."

Zweitens: Bremische Schüler sollen nach den Empfehlungen allerdings in Zukunft nicht mehr lernen, nicht mehr hören, daß es einen Hitler-Stalin-Pakt gegeben hat.

Drittens: Daß Ostpolen von der Sowjetunion überfallen und annektiert wurde und als einverleibtes Gebiet auch 1945 nicht mehr für Polen zur Debatte stand, sondern Polen dafür die Oder-Neiße-Gebiete von der Sowjetunion zugestanden erhielt, das sollen sie nicht mehr hören, denn die Empfehlungen spre-

chen lediglich davon, daß im Rahmen der territorialen Umordnungen und Neugliederungen nach 1945 bedeutende und umfangreiche Bevölkerungsverschiebungen stattgefunden hätten.

Viertens: Daß die Hoheitsgewalt über die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße den polnischen Behörden vor Beginn der Konferenz von Potsdam allein von den sowjetischen Machthabern übertragen worden ist, das sollen bremische Schüler nach diesen Empfehlungen nicht mehr hören.

Fünftens: Daß die Potsdamer Konferenz ausdrücklich auf eine Friedenskonferenz verweist, auf der die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens erfolgen sollte.

Sechstens: Daß nicht 8,5 Millionen, wie die Empfehlungen sagen, sondern nach Aussagen aller, auch der UNO-Institute, die sich mit diesen Fragen befassen, mindestens eine Million mehr in diesen Gebieten lebten und daß aus dem gesamten Osten etwa 12 Millionen Menschen vertrieben worden sind, aus allen Gebieten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

(Abg. Kunick [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Abgeordneter Guter, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Guter** (CDU): Ich muß Sie enttäuschen, Herr Kollege Kunick, meine Zeit ist begrenzt, wir haben ja eine interfraktionelle Festlegung, die so beschlossen worden ist.

Siebtens: Daß die Heimatvertriebenen allein — das sollen bremische Schüler also nicht mehr hören —, daß die Heimatvertriebenen allein durch die gigantische Leistung des von uns allen getragenen Lastenausgleichs so schnell in die Gesellschaft integriert wurden, also durch eine von uns zu verantwortende und von uns auch zu leistende Finanzumwälzung großen Stils.

Achtens: Daß der Verzicht auf Gewalt durch die Heimatvertriebenen ein Akt der Einsicht, der Humanität, der Friedenssicherung, der Stabilisierung gewesen ist, wie ihn bisher keine Gruppe von Vertriebenen beschworen hat, das wollen die Empfehlungen anscheinend nicht wissen, und daher sollen also bremische Schüler in Zukunft diese Dinge nicht mehr hören.

Neuntens: Daß es bei den großen Vertreibungen im Osten keineswegs darum ging, staatliche und ethnische Grenzen, wie die Empfehlungen meinen, in Übereinstimmung zu bringen, sondern daß es den Sowjets, wie wir meinen, einzig darum ging, das von ihnen eroberte Gebiet nach ihren Vorstellungen aufzuteilen, siehe Baltikum, Ostslowakei, Siebenbürgen, Bessarabien.

Zehntens: Bremische Schüler sollen also nicht mehr hören in Zukunft, nach diesen Empfehlungen, meine Damen und Herren, daß es nicht linke Parteien in Polen waren, die das neue, das jetzige Polen hervorbrachten, sondern einzig die sowjetische Armee und die von ihnen eingesetzten polnischen kommunistischen Funktionäre, denn andere sind abgehalftert und leben heute zum Teil noch hochbetagt in London. (C)

Elftens: Daß in der Annahme des Marshall-Plans, so sollen bremische Schüler nicht mehr hören, durch Westeuropa die osteuropäischen Staaten nicht etwa, wie die Empfehlungen meinen, eine Abkehr von den bisherigen interalliierten Grundsätzen des politisch-wirtschaftlichen Aufbaus in Europa gesehen haben, sondern daß diese Staaten auf Befehl der Sowjetunion diese Marshall-Plan-Hilfe nicht annehmen durften. Ich verweise auf Prag, auf die Tschechoslowakei, die bereits unterzeichnet hatte, die wieder zurückziehen mußte.

Zwölftens: Die Empfehlungen sprechen davon, daß die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen und zu anderen Ländern in vieler Hinsicht dadurch belastet worden seien, daß Inkonsequenzen bei der Durchführung der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen zu verzeichnen waren.

Meine Damen und Herren, ich folge in diesem Punkte den Empfehlungen. Allerdings, wenn wir ihnen folgen und die Zeit der Persilscheine in dieser Weise als nicht glücklich und als nicht demokratisch sauber kennzeichnen, dann möchte ich und meine Fraktion mit mir gewahrt wissen und garantiert wissen, daß in diese Empfehlungen auch eine Passage aufgenommen wird, die dann davon spricht, daß eben in Polen, in der Tschechoslowakei und in anderen heutigen osteuropäischen Staaten alle Verbrechen, die an unschuldigen deutschen Menschen nach Kriegsende, nach der Kapitulation begangen worden sind, daß diese bis zum heutigen Tage völlig ungesühnt blieben und daß die Täter ex cathedra für straffrei erklärt wurden. (D)

Dreizehntens: Daß alle in Polen lebenden Deutschen bis zum heutigen Tage ohne Minderheitenschutz, ohne Volksgruppenrecht leben, auch nach Unterzeichnung des jetzigen Abkommens, meine Damen und Herren, obwohl die polnische Regierung durch die Zugehörigkeit Polens zur UNO die Charta der Vereinten Nationen befolgen müßte und als Unterzeichnerin der Schlußakte von Helsinki sich zu weitgehendem Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen auf humanitärer Grundlage verstehen müßte.

Vierzehntens: Daß die NATO ein Verteidigungsbündnis ist und keine Bedrohungsvorstellungen durch sich selbst hervorruft, wie es nämlich die Empfehlungen ausdrücken, sondern daß diese Bedrohungsvorstellungen, wie wir meinen, allein von den Kommunisten konsequent erst in Europa geweckt wurden.

(Beifall bei der CDU)

Aus Mangel an Zeit muß ich den wichtigen fünfzehnten Punkt etwas kürzen und Ihnen nur sagen, daß die Empfehlungen auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 völlig außer acht lassen, in dem es ja klar und deutlich heißt, daß Deutschland als Ganzes auch nach der Kapitula-

(A) tion nicht untergegangen ist, und wenn ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren darf: „Das Deutsche Reich existiert fort", heißt es in diesem Urteil, „besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig."

Meine Damen und Herren, Schwerpunkt unserer Kritik ist die Tatsache, daß in diesen Empfehlungen die Vertreibung der Deutschen verharmlost und heruntergespielt wird. Alle versöhnungsbereiten Deutschen sind der Meinung, daß die Verbrechen der SS und der NSDAP in Polen klar und unmißverständlich auch in einem Schulbuch hüben und drüben klargelegt werden müssen, daß aber das nachfolgende Verbrechen der Vertreibung nicht aus dem Buch der Geschichte getilgt werden kann.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Kurzum, diese Empfehlungen atmen den Geist der polnischen Einheitspartei, nicht des polnischen Volkes und lassen wenig von deutscher Mitwirkung spüren, leider! Sie lassen böse Ahnungen aufkommen für den Beginn der deutsch-sowjetischen Schulbuchkonferenzen. Wehret den Anfängen! Da in den vorliegenden Empfehlungen unzumutbare Verdrehungen und Verzerrungen der deutsch-polnischen, ja der europäischen, eben der osteuropäischen Geschichte enthalten sind, müssen sie korrigiert werden, mindestens aber dürfen sie in Bremen für unsere (B) Schulen nicht verbindlich werden. Wer die Unwahrheit sät, wird Gift ernten!

In diesem Sinne einer klaren Sicht auf das, was war, wären Konferenzen dieser Art in Zukunft gut beraten, wenn sie sich weniger um politische Kompromisse, das ist das Geschäft der Politiker, als vielmehr um die historische Wahrheit bemühen würden.

(Beifall bei der CDU)

Im Sinne einer dauerhaften deutsch-polnischen Verständigung darf diese Brücke nicht auf dem Flugsand des Opportunismus und des Vertuschens gebaut sein. Damit leisten wir den polnischen Schulkindern einen ebenso schlechten Dienst oder keinen guten Dienst, ähnlich wie unseren bremischen.

Indem ich Ihnen, meine Damen und Herren, für diese Ihre mir bewiesene Aufmerksamkeit herzlich danke, darf ich mit einem Wort Solschenizyns schließen. Es heißt: „Der Preis der Feigheit kann nur das Böse sein".

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich wurde darauf hingewiesen, daß ein Zwischenruf kam „Wir grüßen unseren Führer!" Es ist eine solche Unruhe gewesen, daß ich zumindest es akustisch nicht wahrgenommen habe. Ich frage, ist dieser Zwischenruf gemacht worden?

(Unruhe und Zurufe bei der CDU)

Ist dieser Zwischenruf gehört worden? (C)

(Zurufe von der CDU: Wir haben ihn gehört!)

Ich frage, ist dieser Zwischenruf gemacht worden?

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Der Zwischenruf ist gemacht worden! Meine Damen und Herren, das ist eine für einen Demokraten unerträgliche Beleidigung!

(Starker Beifall)

Ich weise diesen Zwischenruf ausdrücklich zurück!

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick. Ich hätte die herzliche Bitte, daß wir nicht in eine Debatte in extenso eintreten über den deutsch-polnischen Vertrag. Wir haben gerade eine Geschäftsordnungsdebatte gehabt. Selbstverständlich bleibt es Ihnen unbenommen, wenn Sie eine Replik, eine Richtigstellung zur Sache hier machen wollen, wenn Dinge angesprochen sind, die nicht so stehen bleiben können. Aber ich bitte herzlich darum, daß wir nicht in extenso in eine Debatte eintreten, die nicht mit der Tagesordnung zusammenhängt.

Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Hause ist in mehr als 25jähriger Geschichte es auch schon vorgekommen, daß Angehörige der jeweils zur Bundesregierung stehenden (D) Oppositionsfraktion auch hier die Bundesregierung oder auch den Bundeskanzler angegriffen haben, aber genau so eindeutig war es, daß die Vertreter des Bundesrates, in diesem Fall die Senatsvertreter, einen solchen Vorwurf zurückweisen konnten, und davon mache ich Gebrauch.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob wir in diesem Hause bei der notwendigen engen Bindung, die wir alle zum Bund anstreben, fortfahren dürfen, den Kanzler als blamabel zu bezeichnen! Von Bratkartoffelverhältnis zu sprechen bei Koalitionsparteien, das ist eine Floskel, die werden wir gemeinsam ertragen.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie insbesondere!)

Ich auch, natürlich! Was soll das eigentlich?

(Zurufe von der CDU)

Es sieht so aus, als wenn man in Semantik hier noch einiges machen muß. Das Bratkartoffelverhältnis war früher das unziemliche, illegale Verhältnis, Sozialdemokraten und Liberale sind nicht illegitim zusammen, sondern arbeiten ernsthaft auf Bundesebene zusammen.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Ich meine nur, es hat keinen Zweck, daß wir hier anfangen, vom Klima im Bund zu sprechen und von

(A) dem Verhältnis in unserem Lande sowie davon zu sprechen, daß wir auch mit unseren östlichen Nachbarn in besseren verständnisvolleren Bedingungen zusammenarbeiten müssen — um der Menschen in beiden Ländern willen — und dann in einer solchen persönlich diffamierenden Weise über Regierungsmitglieder zu sprechen. Ich weise das mit aller Entschiedenheit zurück,

(Beifall bei SPD und FDP)

und ich sage Ihnen, wenn Sie das als Ihren Stil empfinden, machen Sie es in Wahlkämpfen, aber lassen Sie diese Art und Weise aus dem Parlament!

(Beifall bei der SPD)

Ich erkläre im übrigen, ich würde mich auch nicht in einer solchen Form äußern zu den Kollegen in den Bundesländer, bei denen ich differenzierter Meinung bin über das, was sie selbst geleistet haben, um diese Verträge und Absprachen zustandezubringen.

Und nun zum eigentlichen Problem: Ich bin persönlich sehr froh — das habe ich auch im Bundesrat gesagt —, daß wir zu einer einstimmigen Zustimmung im Bundesrat kommen konnten. Ich bin darüber nicht so sehr froh aus innenpolitischen Gründen, ich bin vor allem froh darüber aus außenpolitischen Gründen.

(Beifall bei SPD und FDP)

(B) Damit wurde sichtbar, daß wir in diesem Land noch in bestimmten schwierigen Fragen zusammenarbeiten können.

Und ich weiß auch, was ich sage, denn bei meinem ersten Besuch in Warschau war es meine Aufgabe, als ich vor dem internationalen Institut gesprochen habe, die Christlichen Demokraten zu verteidigen, weil man mir vorwarf, sie wären die Revanchisten in Deutschland und sie seien nicht bereit, wirkliche Friedensverträge mitzutragen. Damals habe ich mich in Warschau hingestellt und bin für die Christlichen Demokraten eingetreten, weil ich sagen konnte und mit Überzeugung auch heute noch sagen kann, daß es in diesem deutschen Volk keine Mehrheit von Revanchisten gibt und daß die kleinen Gruppen Unverbesserlicher, gleich wo sie sind, nicht Beispiel sind für das Verhältnis unserer Völker.

(Beifall bei SPD und FDP)

Weil ich das in Warschau gesagt habe und weil ich im Bundestag wie im Bundesrat mit Nachdruck mich dafür eingesetzt habe, zu einem neuen Verständnis zwischen Polen und Deutschen zu kommen, in Kenntnis des Leides, das zwischen unseren Völkern steht und das Menschen in beiden Völkern getragen haben, und weil wir Schluß machen wollen mit dem Begriff von Rache und Vergeltung, und weil wir aufeinander zuarbeiten wollen, um das Leid, das die ältere Generation hat ertragen müssen, in der Regel immer die Unschuldigen haben tragen müssen, um dieses Leid aufzuarbeiten, um der nächsten Generation eine Chance zu geben, unbelastet von der Vergangenheit, aber in Kenntnis der Geschichte zusammenzuarbeiten, halte ich den Beitrag von Herrn Guter für absolut falsch und politisch untragbar. (C)

Meine Damen und Herren, das, worum wir uns bemüht haben — und ich habe mich, wie Sie wissen, gerade in diesem Bereich außerordentlich stark mit engagiert —, ist nicht, die Geschichte zu verdrängen. Wir wollen nicht den Fragen ausweichen, was war 1945 und was war 1939 und was war 1919, da war ja auch einiges, und was war 1917, und was war 1848 oder 1832 oder was war in den anderen Jahrzehnten? Was haben wir eigentlich in unserem Volke damals getan im Positiven wie im Negativen, und was haben wir als Echo im Positiven und Negativen erfahren? Weil wir erkennen können, daß viel Schuld und Belastung zwischen den Nationen stehen, aber weil wir für manche auch viele Hoffnungen wecken konnten, die positiv zwischen unseren Nationen stehen, gilt es, Antworten für die Zukunft zu finden, denn wir haben ja nicht nur die dunklen Zeiten der Geschichte zu werten, wir haben auch eine beachtliche Zahl progressiver Zeichen, die wir darstellen können, Zeichen, die ein bißchen unser Gefühl dafür stärken zu begreifen, daß wir Mitteleuropäer in einer Art gemeinsamen Geschichte gelebt haben.

Die ganze liberale Freiheitsbewegung kristallisierte sich um die Freiheit auch des polnischen Volks. Die große Auseinandersetzung der katholischen Bewegung gegen den preußischen Staat ging auch darum, die katholische Kirche und den Staat Polen zu erhalten. Die Bewegung der Sozialdemokraten, Freiheit und Selbständigkeit für die arbeitenden Menschen in Europa zu erreichen, bezog auch Polen mit ein. Diesen Teil positiver deutscher Geschichte haben wir gemeinsam getragen, wie wir auch die negativen Aspekte unserer Geschichte, ob der einzelne von uns mitverantwortlich ist oder nicht, gemeinsam mit tragen müssen. Wir können nur versuchen, unseren Kindern eine bessere Chance zu geben, freier, unbelasteter auch mit unseren polnischen Nachbarn zu leben. (D)

Und wir haben doch hier in Bremen, meine Damen und Herren, auch einige Beispiele gesetzt. Waren wir es nicht gemeinsam, die 1945, als andere noch davon sprachen, man könnte zurückkehren, gemeinsam sagten, wir bieten euch hier Heimat, wir bieten euch hier Wohnung, wir bieten euch hier Arbeit, und wir bitten euch, hier heimisch zu werden?

(Abg. Neumann [CDU]: Was hat das mit dem Thema zu tun? — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Herr Präsident, Guter wird dafür gerügt! — Zurufe von der CDU: Schulbücher! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Bürgermeister Koschnick, meine Damen und Herren, wir behandeln die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz! Ich glaube, hier wird die historische Perspektive des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen dargelegt.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Und der Abgeordnete Guter wird gerügt!)

(A) Meine Damen und Herren, dann lesen Sie Ihren Antrag durch, was da drinsteht! Es tut mir leid, daß diese Schärfe in die Debatte kommt.

(Abg. Klein [CDU]: Herr Guter bekommt einen Ordnungsruf dafür, aber einen faschistischen Zwischenruf hört keiner!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie Klagen haben, wenn Sie Beschwerden über meine Amtsführung haben, dann kommen Sie in den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß. Ich breche die Debatte über diese Frage hier ab.

Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

(Beifall bei SPD und FDP — Zurufe von der CDU)

Bürgermeister Koschnick: Meine Damen und Herren, haben wir nicht hier in diesem Parlament gemeinsam von Bürgerschaft und Senat vieles dazu beigetragen, um sehr viel früher als andere in allen Parteien, deutlich zu machen, daß es nach diesem Krieg möglicherweise keine Rückkehr in die früheren deutschen Gebiete mehr gibt, daß es darauf ankommt, eine neue Heimat zu schaffen und sie, die ihre alte Heimat verloren haben, wirklich und umfassend zu integrieren und mit ihnen gemeinsam dieses Land wieder aufzubauen? Bremen und Bremerhaven wären nichts, wären die Heimatvertriebenen damals nicht dabei gewesen, um wieder aufzu- (B) bauen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Und ich habe in meinen Diskussionen den Begriff Heimatvertriebene in Warschau genauso benutzt, und ich werde ihn weiter benutzen, aber ich werde ihn nicht benutzen im Sinne eines revanchistischen Begriffes, sondern ich werte es als eine Dokumentation eines Tatbestandes, daß Menschen ihre Heimat verloren haben, weil ein unsinnig begonnener Krieg, Terror und Schrecken in Europa Menschen unglücklich gemacht haben. Das gilt für polnische Menschen genauso wie für deutsche Menschen.

Wenn das so ist, dann dürfen Sie auch die Schulbuchempfehlungen nicht mißverstehen. Hier ist versucht worden, zunächst einmal Sprachregelungen für zwei Bereiche zu machen, die ausgefüllt werden können mit der eigenen Interpretation der eigenen Geschichte. Unter dem Überbegriff „Zwangsausweisung entsprechend internationaler Transferabkommen" können wir und werden wir in unseren Schulen deutlich machen, was an Problemen und an Leid damit verbunden war und was es heißt, wenn Deutsche aus früheren deutschen Gebieten hierher gekommen sind, was es heißt, wenn Polen aus Ostpolen nach Westpolen umgesiedelt wurden. Das sind doch geschichtliche Tatbestände, die wir ausfüllen können und ausfüllen werden, allerdings unter einer einzigen Begriffsbestimmung, nicht, indem wir wieder von Rache und Vergeltung sprechen, sondern indem wir den Versöhnungsgedanken eindeutig aufnehmen, umsetzen als geschichtliche Antwort auf schreckliche Geschehnisse in der Vergangenheit. (C)

(Erneuter Beifall bei SPD und FDP)

Man könnte zu diesen Dingen vieles sagen, aber meine Bitte ist, daß wir in Bremen wieder einmal gemeinsam versuchen, das, was wir wirklich an Vorsprung haben, an geschichtlicher Erfahrung und an gemeinsamer Bereitschaft, zu nutzen für ein besseres Verhältnis zwischen der Bevölkerung in Polen und unserer Bevölkerung. Wir sollten das auch nutzen für eine größere Bereitschaft hier in Bremen, unseren Umsiedlern, die jetzt aus Polen kommen, sehr schnell eine volle Integration zu ermöglichen, und zwar voll aufgenommen in allen Bereichen der Gesellschaft und sie nicht abzustempeln als diejenigen, die zu spät gekommen sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

An den Taten, meine Damen und Herren, an den Taten sollten wir uns messen lassen!

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. **Eva Schütte** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war mir klar nach der Verschiebung der Debatte von Februar auf März und den inzwischen stattgefundenen Abstimmungen über die deutsch-polnischen Abkommen, daß jeder, der (D) von seiner Fraktion zu diesem Punkt sprechen würde, praktisch eine neue Rede konzipieren müßte. Daß die Rede dann so ausfallen würde, wie der Kollege Guter sie hier gebracht hat, daran hatte ich nicht geglaubt. Das hatte ich nicht für möglich gehalten.

(Starker Beifall bei FDP und SPD — Abg. Neumann [CDU]: Dann halten Sie sich doch ans Thema!)

Man ist geneigt zu denken, daß die Einstimmigkeit im Bundesrat dann doch wohl nur eine faktische war und nicht vom Inhalt her getragen worden ist.

(Erneuter starker Beifall bei FDP und SPD — Abg. Neumann [CDU]: Ordnungsruf bitte! Das ist doch genau dasselbe!)

Und ich möchte auch hier für mich sagen, daß ich es bei keiner Gelegenheit akzeptieren werde, wenn nach so langem Feilschen im Bundesrat um diese Abstimmungen seitens der CDU — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Schütte, wir wollen uns an die Übung des Hauses halten. Wir sind bei der Schulbuchkonferenz!

Abg. **Eva Schütte** (FDP): Ich auch, Herr Präsident!

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist der Kontext, Herr Präsident!)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, kommen Sie zum Thema!

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Selbstverständlich, Herr Präsident, aber ich muß doch in etwa auch das, was vor mir gesagt worden ist, mit einbeziehen.

(Starker Beifall bei FDP und SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, da können Sie noch so viel klatschen, wie Sie wollen! Es ist aufgerufen die Schulbuchkonferenz und nichts anderes! Deswegen fordere ich Sie auf, kommen Sie zur Sache!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Sie ist unmittelbar bei der Sache! — Abg. J o h n [FDP]: Sie ist bei der Ouvertüre!)

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Sehr richtig! Diese Einlassungen waren notwendig, um auch den Tenor der hier immer wieder angesprochenen Schulbuchempfehlungen richtig zu setzen, denn, wie Herr Bürgermeister Koschnick eben auch ausgeführt hat, es sind all dieses Versuche, nach langen Kriegs- und Nachkriegsjahren zwischen den kriegführenden Gruppierungen zu einer Einigung zu kommen, damit wir solche Auseinandersetzungen in kriegerischer Weise nicht mehr haben.

Auch die Empfehlungen sollten dazu dienen, und wer von denen, die hierzu sprechen, die gelesen hat — das nehme ich ja sicher an, wir hatten ja nun (B) noch vier Wochen länger Zeit, uns diese Unterlagen zu besorgen —, der wird zu dem Schluß kommen müssen, daß hier von beiden Seiten geeignete Fachleute und Professoren in mühsamer Arbeit über vier Jahre daran gearbeitet haben, zu einer Grundlage zu kommen, wie man diese Dinge einer Generation nahebringen kann, die selbst nicht mitgewirkt hat, diese Dinge nicht erlebt hat und wahrscheinlich kein Verständnis mehr haben würde, wenn man ihnen diese Möglichkeit nicht gibt. Darum diese Empfehlungen, und ich muß es hier noch einmal sagen, es sind Empfehlungen für Bücher, die vorerst nicht vorliegen.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Da täuschen Sie sich, Frau Schütte!)

Es wird seitens der CDU so getan, als ob diese Bücher nun schon verseuchend in bremischen Schulen liegen.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Das ist falsch!)

So ist es ja nun absolut gar nicht! Wir haben Schulbuchkonferenzen gehabt, beginnend 1945 für das deutsch-französische Verhältnis, und ich habe mit Herrn Professor Goosmann telefoniert, der damals diesem Gremium angehört hat und der mir auch versichert hat, daß es auch dort fair zwischen Professoren der Sorbonne und zwischen Sachverständigen aller Bundesländer vor sich gegangen ist. Auch da war einiges zu bereinigen, wenn ich nur die Schlagworte „Erbfeind" und „Rache für Sadowa" hier erwähne. Wir sind da zu einer besseren gegenseitigen Situation gekommen, und dasselbe erwarten diejenigen, die sich bei den deutsch-polnischen Empfehlungen engagiert haben auch wieder, nämlich daß das Klima verbessert wird. (C)

Die Reizworte für die CDU hat Herr Guter ja schon genannt, dieses Wort der „Bevölkerungsverschiebung", wozu zu sagen ist, daß, und das steht auch in dieser Empfehlung, etwa die Hälfte der Leute und außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie der in Polen lebenden Deutschen entweder evakuiert worden sind oder unter großen Verlusten noch vor Kriegsende geflüchtet sind in deutsche Gebiete westlich der Oder-Neiße-Linie. Also war das damals der Weg, den die Bevölkerung dort gewählt hat. Diese Hälfte der Bevölkerung fällt demnach nicht unter dieses auch als Reizwort für die CDU angesprochene Wort „Zwangsvertreibung". Die sind damals unter großen Verlusten von sich aus aus diesen Gebieten in deutsche Gebiete übergesiedelt.

Das nächste Reizwort ist eben die Frage, ob man Zwangsumsiedlung sagt oder Zwangsvertreibung. Darüber ist schon in der Fragestunde des Bundestages von meinem Kollegen gesprochen worden, daß das quasi eine Tautologie wäre, denn Zwangsumsiedlung beinhaltet von vornherein schon den Zwang. Ob man dann Zwangsvertreibung sagt, das also verdoppelt und potenziert, oder ob man bei Zwangsumsiedlung sich ungefähr eine Vorstellung macht, was damit gemeint ist, das würde ich nicht für so gravierend unterschiedlich halten. Es ist ja doch bei solch strittigen Punkten, wo um jedes Komma gerungen wird, besser, man nimmt das etwas ruhigere (D) Wort als das, das schon beladen ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich könnte diesen Katalog der Reizworte noch beliebig erweitern, auch über das, was Herr Guter selbst schon angeführt hat, hinaus. Wir konnten das ja sowohl im Bundestag als auch im Hessischen Landtag nachlesen. Aber ich möchte Sie daran erinnern, daß Radio Bremen in einem Frühkommentar darauf hingewiesen hat, wie im Nazi-Deutschland Polen angesehen worden sind. Ich möchte dazu nur mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einen Satz zitieren aus diesem Frühkommentar, „daß nach dem Blitzkrieg offizielle Politik des Deutschen Reiches war, erstens, grundsätzlich in der Behandlung des polnischen Volkes keine sentimentalen Rücksichten zu nehmen, zweitens, die polnische Intelligenz auszurotten und, drittens, den Rest des Volkes zu Analphabeten zu machen". Das war also, was man erwartet hat.

Ich möchte jetzt nicht hier noch eine Debatte auslösen, ob es nun richtig wäre aus der Sicht der CDU, Unrecht durch Unrecht wiedergutzumachen. Das ist auch im Bundestag durch Herrn Hupka schon gefragt und von meinem Kollegen Mörsch abschlägig beschieden worden. Ich kann mich auf diese Aussage verlassen.

Mit diesem Wissen, was die Polen zu erwarten hatten, wenn das Nazi-Deutschland damals am Ruder

(A) geblieben wäre, muß ich sagen, halte ich diese Empfehlungen für sachlich und nicht von Emotionen aufgeladen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sollten nicht außer acht lassen, daß es vor diesen Schulbuchempfehlungen schon andere Möglichkeiten der Kontakte gegeben hat, und zwar gab es die Handelsmission in Warschau. Damals war der Leiter ein Herr Böx von der CDU. Er wurde sehr gelobt für seine deutsch-polnischen Beziehungen, die er verbessert hat, und zwar war das ganz im Sinne des damaligen Bundesaußenministers, Herrn Schröder, auch CDU.

Im weiteren möchte ich mich jetzt nicht auf die Ihnen ja allen vorliegenden Empfehlungen und Bundestagsdrucksachen beziehen, sondern ich zitiere jetzt aus einem Schreiben der deutschen Bischöfe, die sich bedanken, daß sie von den polnischen Bischöfen zur Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens eingeladen worden sind. Ich nehme an, daß diese Leute für die CDU unverfänglich sind und ich also in Ruhe daraus zitieren kann. In diesem Brief heißt es — hören Sie bitte gut zu —: „Mit Bewegung und Freude haben wir Ihre Botschaft" — Ihre, das sind die polnischen Bischöfe — „vom 18. November 1965 und Ihre freundliche Einladung zur Tausendjahrfeier der Christianisierung des polnischen Volkes empfangen."

(Unruhe — Glocke)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das Wort hat die Abgeordnete Frau Schütte. Wenn es Ihnen genauso geht wie mir, verstehen Sie nichts!

Abg. Eva Schütte (FDP): Ich danke Ihnen, Herr Präsident, ich finde es auch unnötig, unter diesen Verhältnissen weiterzureden!

„Wir betrachten es als eine kostbare Frucht unserer gemeinsamen Konzilsarbeit, daß Sie dieses Wort an uns richten konnten. Dankbar greifen wir es auf und hoffen, den begonnenen Dialog in Polen und in Deutschland miteinander fortsetzen zu können."

Dann wird in dem Brief noch gesagt: „Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volk angetan worden. Wir wissen, daß wir die Folgen des Krieges tragen müssen, die auch für unser Land schwer sind. Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen nur schwer heilt. Um so mehr sind wir dankbar, daß Sie angesichts dieser Tatsache mit wahrhaft christlicher Großmut anerkennen, wie in der Zeit des Nationalsozialismus auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung unter schwerem Gewissensdruck gestanden hat."

Zum Schluß steht dann: „Wenn diese Deutschen von ‚Recht auf Heimat' sprechen, so liegt darin von einigen Ausnahmen abgesehen keine aggressive Absicht. Unsere Schlesier, Pommern und Ostpreußen wollen damit sagen, daß sie ihrer Heimat verbunden bleiben. Dabei ist ihnen bewußt, daß dort jetzt eine junge Generation heranwächst, die das Land, das (C) ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet."

(Beifall bei der FDP)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie von der CDU ernstlich hinter diese Aussagen zurückfallen wollen, Tätigkeiten, die von Ihnen begonnen und mit getragen wurden und die ihre Bestätigung in den deutsch-polnischen Abmachungen fanden! Daß Ihr langes Zögern und Feilschen im Bundesrat uns allen unnötigen Schaden zugefügt hat,

(Widerspruch bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Da ist Herr Genscher aber anderer Meinung!)

der auch durch das einstimmige Ja nicht aus der Welt geschafft werden kann, das wissen Sie selbst sehr wohl.

(Unruhe — Glocke)

Und wenn Sie jetzt hier noch einmal Herrn Außenminister Genscher ins Spiel bringen, dann würde ich, auch gegen den Präsidenten, noch einmal über diese Art, wie damals über diese Abstimmungen gesprochen worden ist, Stellung nehmen. Aber das versage ich mir.

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Herr Genscher hat von erheblichen Verbesserungen im Bundesrat gesprochen! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Lassen Sie sich nicht von Ihrem Konzept abbringen!

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Ich bin sofort fertig! Schließen möchte ich mit einem Satz aus einem Artikel — —

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, Frau Schütte hat das Wort! Bitte sehr!

(Abg. Klein [CDU]: Ich habe nur auf eine Frage von Herrn Lahmann geantwortet!)

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Schließen möchte ich mit einem Satz aus einem Artikel im „Parlament", wo einer der Teilnehmer an dieser deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz — einer von unserer Seite — die Bilanz dieser Konferenzen, die sich über vier Jahre hingezogen haben, gezogen hat. Es sind zwei Seiten, keine Sorge, ich zitiere nur den letzten Absatz. „Es bleibt nur zu hoffen, daß auf diesem Wege langfristig gesehen ein positiver Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit beider Staaten und damit zur gesamteuropäischen Kooperation geleistet wird. Die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission von 1972 bis 1975 sind bereits ein beachtenswerter Pluspunkt für die KSZE-Bilanz von 1977 in Belgrad." — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Stelljes hat mir mitgeteilt, daß er sich für den vorhin gemachten Zwischenruf beim Abgeordneten Guter entschuldigt hat.

(Beifall)

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kaltenstein.

Abg. Ursula **Kaltenstein** (SPD) *): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Obgleich der Präsident mehrmals darauf hingewiesen hat, daß es sich hier um die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen handelt, kann ich doch nicht umhin, auch noch einmal auf den Zusammenhang zwischen der Herausgabe dieser Empfehlungen, den Anträgen der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, dem Antrag der CDU-Fraktion in diesem Hause und der Verhandlung über die Vereinbarungen im Bundesrat hinzuweisen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dieser Zusammenhang ist unverkennbar. Auch die Frage des Abgeordneten Dr. Hupka, Angehöriger der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, am 29. Januar ist im Zusammenhang damit zu sehen. Das läßt sich nun einmal nicht leugnen.

Nachdem nun am vergangenen Freitag im Bundesrat endlich doch noch einstimmig über den zustimmungspflichtigen Teil der deutsch-polnischen Vereinbarungen entschieden worden ist, hatte ich eigentlich geglaubt, daß von seiten der CDU hier heute eine nicht so polemische Begründung für ihren Antrag gegeben werden würde.

(Beifall bei der SPD)

Aber das war eine Täuschung! Polemisch deshalb, weil Sie auch hier wieder genau wie im Hessischen Landtag zusammenhanglos zitiert und Interpretationen gegeben haben, die nicht in einem sachlichen Zusammenhang stehen. Die Kollegin Frau Schütte hat schon darauf hingewiesen. Ich will das nicht noch einmal wiederholen und die einzelnen Passagen aus den Empfehlungen Ihnen hier vorlesen.

Seit 1956, meine Damen und Herren, haben sich deutsche und polnische Wissenschaftler bereits zusammengefunden, um einen Dialog einzuleiten über die Bereinigung der Schulbücher von nationalistischen Relikten und Klischees. Auf seiten der Bundesrepublik war daran beteiligt das Braunschweiger Institut für internationale Schulbuchforschung und auf polnischer Seite ein entsprechendes Institut aus Posen. 1972 erhielt dann endlich diese Zusammenarbeit deutscher und polnischer Fachwissenschaftler den institutionellen Charakter durch das Zustandekommen der Unesco-Kommissionen.

In sieben Konferenzen sind 33 Empfehlungen erarbeitet und veröffentlicht worden, die sich mit der Geschichte beider Länder von der ältesten Zeit bis 1945 befaßt haben. Die achte Konferenz hatte es sich zur Aufgabe gemacht, nun diesen letzten Zeitraum (C) zu erfassen. Dies war deshalb so unendlich schwierig, weil Zeugen dieser jüngsten Geschichte in beiden Staaten leben. Sie hat sich aber dieser Mühe unterzogen, Empfehlungen zu formulieren, die von beiden Seiten zu akzeptieren wären.

Aber auch diese Empfehlungen dürfen nicht ohne Zusammenhang mit den übrigen gesehen werden, sondern sie müssen in diesen Zusammenhang gestellt werden. Daß es gelungen ist, eine gemeinsame Darstellung dieser Nachkriegsgeschichte zu erarbeiten, nach sicher zähem Ringen, daß es sich hier um wissenschaftlich begründbare und sachbezogene Aussagen handelt, das findet die uneingeschränkte Anerkennung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Herr Guter, wenn Sie hier zitieren aus einem Telefongespräch mit dem Leiter der deutschen Kommission, Herrn Mertineit, dann kann ich nur sagen, es kann sich nur um eine verzerrte Darstellung handeln, denn wir haben Gelegenheit genommen, während Ihrer Ausführungen mit einem weiteren Mitglied zu telefonieren, nämlich Herrn Professor Czernak aus Frankfurt. Herr Professor Czernak ist an der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt osteuropäische Geschichte Seminarleiter und Professor.

Herr Czernak hat bestätigt, heute, vor wenigen Minuten, daß die gesamte deutsche Seite die volle Verantwortung für die Wortung in diesen Empfehlungen trägt und daß es nicht einen einzigen Wis- (D) senschaftler gegeben hat, der dort entgegengesetzter Meinung gewesen sei.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Hört, Hört!)

Wir übersehen aber nicht, daß diese Zusammenarbeit von Wissenschaftlern zweier Staaten, die zugegeben sicher grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen angehören, Rücksichten und Zwängen unterliegt. Um so mehr begrüßen wir diese einheitliche, aber keineswegs einseitige Aussage. Wir betrachten sie als einen wichtigen Schritt, einen anständigen und vernünftigen Weg zur Bewältigung der Folgen des letzten Krieges und über die Verständigung zur Aussöhnung zu finden.

(Abg. G u t e r [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Kaltenstein, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Ursula **Kaltenstein** (SPD): Herr Präsident, ich habe den Eindruck, daß noch mehrere Kollegen meiner Fraktion sich gern zu Wort melden würden. Damit wir in der Zeit bleiben, möchte ich keine Zwischenfragen beantworten.

Die SPD-Fraktion begrüßt die bereits erfolgte Veröffentlichung der Empfehlungen im nichtamtlichen Teil des Bremer Schulblattes, und sie begrüßt auch die Ergänzung in den Lehrplänen für Gymnasien und Hauptschulen im Ergänzungsplan zum Lehrplan. Dort heißt es, daß diese Empfehlungen bei der Behand-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) lung der Staatengeschichte mit heranzuziehen sind. Das heißt doch für den Unterricht, daß es jedem Geschichtslehrer unbenommen bleibt, auch andere Darstellungen, auch andere Standpunkte darzulegen und den Schülern zu vermitteln.

Wir erhoffen und erwarten, daß auch Schulbuchautoren von Geschichts- und Geographiebüchern die bisher erschienenen Empfehlungen der Unesco-Kommissionen berücksichtigen werden. Wir sind der Meinung, daß nur, wenn die Schüler in die Lage versetzt werden, sachbezogene, aber auch unterschiedliche Standpunkte selbst kritisch überprüfen zu können, wir ihnen die Voraussetzungen mitgeben, mündige Bürger zu werden. Selbstverständlich lehnen wir den Antrag der CDU ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Senft.

Abg. **Senft** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier diese Debatte insofern nicht ausweiten, als ich noch einmal positiv Stellung nehme zu den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz. Es ist ausreichend hierzu Stellung genommen worden. Ich möchte hier nur ganz eindeutig Stellung nehmen als einer derjenigen, für den der Teil, den die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz behandelt, wirklich Geschichte ist.

(B) Ich bin einige Jahre nach Kriegsende geboren und gehöre einer Generation an, die sich eigentlich gar nicht richtig vorstellen kann — ich habe eine Reihe von persönlichen Kontakten in der Volksrepublik Polen —, daß man diesen guten Kontakt, der in der jungen Generation besteht, auch noch so stark reglementieren muß.

Aus dem Grunde würde ich doch sagen, daß gerade diejenigen in Polen und auch hier sich wundern, daß in einer derartigen Form ein Beigeplänkel zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen und Verträgen, wie es auch gerade heute der Beitrag von Herrn Guter gewesen ist, überhaupt in diesem Staat noch möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß man für die junge Generation keine Regelung vorzulegen braucht, denn da besteht ein gutes Verhältnis. Aber bei der Generation, die eben mit dieser Geschichte noch behaftet ist, dort ist noch ein Potential — und das haben wir gerade heute gehört, leider Gottes —, das diese guten Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ganz massiv beeinträchtigt. Ich meine, die Position, die heute von Herrn Guter hier dargelegt worden ist, trägt nicht dazu bei, die auf einem Kompromiß basierenden Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz so zu untermauern in den deutschen Parlamenten, daß eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern möglich wird.

Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, weil dieses auch von seiten der FDP und auch von unserer Seite gekommen ist, daß es einen erheblichen (C) Teil der Bevölkerung in diesem Staat gibt, der bewußt und mit großer Überzeugung diese Aussöhnung will. Das Beigeplänkel, das heute geführt wurde — Frau Schütte hat schon darauf hingewiesen —, zeigt nach meiner Auffassung, daß am letzten Freitag wohl innerhalb der CDU/CSU die Zustimmung nicht mit voller Überzeugung gegeben worden ist, sondern aus rein taktischen Gründen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Anschein in Zukunft nicht widerlegt wird, daß dieses nicht voller Überzeugung getragen wird von der rechten Seite in diesem Hause und auch der rechten Seite im Bundestag, wird dieser Punkt der deutsch-polnischen Verständigung durch diese reaktionären Kräfte, und ich möchte das von diesem Pult auch einmal bekräftigend sagen, in Gefahr gebracht. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen gehört, die zu diesem Thema gesprochen haben. Als einziger hat mein Kollege Guter einen Ordnungsruf dafür bekommen, daß er die Spannweite seines Diskussionsbeitrages etwas (D) weiter gesetzt hat als das Thema.

(Abg. Helene Knorr [SPD]: Frau Schütte auch!)

Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn in diesem Hause sich der Eindruck nach dieser Debatte verfestigt, daß vom Präsidenten jemand anders behandelt wird, nur weil er Angehöriger der Opposition ist.

Ich möchte daher bitten, Herr Präsident, daß dieser mögliche falsche Eindruck erst gar nicht aufkommt. Ich möchte Sie bitten, mit Rücksicht auf die Gleichbehandlung aller Abgeordneten in diesem Hause den falschen Ordnungsruf zurückzunehmen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, an mich ist die Bitte vom Abgeordneten Guter schon herangetragen worden. Ich lehne es mit Entschiedenheit ab, den Ordnungsruf zurückzunehmen. Er hat ihn bekommen wegen Widerspruchs gegen meine Äußerungen zur Ordnungsgewalt in diesem Hause!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wegen Majestätsbeleidigung!)

Es bleibt dabei, und Sie können Widerspruch im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß einlegen! Es ist keine ungleiche Behandlung, sondern

A) es sind ungleiche Tatbestände, die hier zur Behandlung anstehen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß Sie das einsehen!)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag 9/81 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Unruhe — Glocke)

Meine Damen und Herren, wenn Sie etwas zu beklagen haben, dann kommen Sie doch in den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß. Ich würde Sie sogar herzlich darum bitten! Kommen Sie gern, vergessen Sie es nicht!